

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : III-59

By Mr : Joschka Fischer

Status : Member

Artikel III-59 (ex-Artikel 93)

(1) Durch Europäische Gesetze oder Rahmengesetze des Rates werden Maßnahmen zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften über die Umsatzsteuern, die Verbrauchsabgabensteuern und sonstige indirekte Steuern festgelegt, soweit diese Harmonisierung für das Funktionieren des Binnenmarkts und die Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen notwendig ist, und Rechtsvorschriften über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten insbesondere auf dem Gebiet der Betrugsbekämpfung in diesen Bereichen festgelegt. Das betreffende Gesetz oder Rahmengesetz wird vom Rat mit qualifizierter Mehrheit nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses erlassen.

~~(2) ——— Stellt der Rat auf Vorschlag der Kommission einstimmig fest, dass Maßnahmen nach Absatz 1 die Zusammenarbeit zwischen den Behörden oder die Bekämpfung der Steuerhinterziehung betreffen, beschließt er abweichend von Absatz 1 mit qualifizierter Mehrheit, wenn er das betreffende Gesetz oder Rahmengesetz über diese Maßnahmen erlässt.~~

(2) Abweichend von Absatz 1 beschließt der Rat einstimmig Gesetze oder Rahmengesetze

- bei der Umsatzsteuer im Hinblick auf die Festsetzung der Steuersätze, die Festlegung der Steuersatzstrukturen und des Besteuerungsorts sowie den Übergang zu einer endgültigen Umsatzsteuerregelung und
- bei den Verbrauchssteuern im Hinblick auf die Festsetzung der Steuersätze und die Festlegung des Besteuerungsorts.

(3) Dieser Artikel gilt nicht für die Energiesteuern, deren Hauptzweck der Umweltschutz ist.

Explanation (if any):

Die Sicherung der Funktionsfähigkeit des Binnenmarkts erfordert insbesondere in einer erweiterten Union eine deutliche Ausweitung der qualifizierten Mehrheit in der Steuerpolitik. Nur dann wird die EU auf dem Gebiet der Steuern handlungsfähig bleiben. Deshalb sollen bei den indirekten Steuern in Zukunft grundsätzlich alle Harmonisierungsmaßnahmen mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden. Nur in

bestimmten – abschließend aufgezählten Bereichen - soll weiterhin Einstimmigkeit gelten. Darüber hinaus sollen aus den gleichen Gründen die Bestimmungen über Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden insbesondere auf dem Gebiet der Betrugsbekämpfung mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden.